

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wertschätzlicher Abonnementspreis 0,65 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Christlich-Deutscher)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 58.

Berlin, Mittwoch, 21. Juli 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Die Arbeiter und der Hansabund. — Die überseeische Aus- und Einwanderung im Jahre 1908. — Ein „Arbeiterführer“ mit 5000 Mark Gehalt. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Literatur. — Briefkasten. — Anzeigen-Teil.

Die Arbeiter und der Hansabund.

Es ist ganz natürlich, daß die christlichen Gewerkschaften und neben ihnen der antisemitische Handlungsgehilfenverband Schwächerer Richtung gegen den neuen Hansabund zu Felde ziehen. Die christlichen Gewerkschaften und der deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband haben die ungerechte Steuerreform, die den Hansabund geboren, in ihren parlamentarischen Vertretern mit zustande bringen helfen. Wenn sich nun ein Bund bildet, der eine gerechtere Steuer- und Wirtschaftspolitik herbeiführen helfen will, dann muß jenen Christlichen und Deutschnationalen dieses Beginnen naturgemäß sehr unbehagen sein.

Die sozialdemokratische Richtung in der Arbeiterbewegung und ihre politische Presse hat vielfach ebenfalls Stellung gegen den Hansabund genommen und die Gründung von oben herab geringschätzend bespöttelt. Der sozialistische Schriftsteller Richard Calwer kanzelt seine Parteifreunde dafür im jüngsten „Sozialistischen Monatsheft“ gebührend ab. „Ganz verfehrt ist es“, so schreibt er, „eine neue wirtschaftliche oder politische Organisation mit Spott und Mißachtung zu begründen, wie es dem neuen Hansabund gegenüber geschehen ist. Es ist schon vielen, heute sehr starken Organisationen passiert, daß man sie anfänglich von oben herab behandelt, und doch haben sie ihre Daseinsberechtigung bald genug erwiesen.“ Calwer sieht in der Gründung des Hansabundes eine organisatorische Entwicklung, die längst hätte vorausgesehen werden können. Organisiert seien die Arbeiter und die Landwirte. Wenn es dem Hansabund gelinge, eine ähnliche starke Organisation zu bilden, wie wir sie im Bunde der Landwirte kennen gelernt haben, „so würde damit ein großer Schritt auf dem Wege getan sein, die Bevölkerung nach den wirtschaftlichen Hauptgegenständen einerseits zu scheiden, andererseits aber sie nach gemeinsamen Interessen unter einheitlichen großen Gesichtspunkten zusammenzuschließen.“

„Die Rückwirkung auf die Politik würde nicht ausbleiben.“ Woran unser politisches Leben in Deutschland heute so sehr krank, das ist die ganz ungewöhnlich große Zersplitterung, die den Fortschritt der politischen Arbeit äußerst erschwert und aufhält. Besserung kann hier nur geschaffen werden, wenn die wirtschaftliche Gruppierung der Bevölkerung durchgeführt ist. Denn die moderne Politik ist doch heute und kann heute nichts anderes sein als eine Waffe Reden und Ansprüche, die durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingt sind, zur staatlichen Anerkennung zu verhelfen. Haben wir erst die drei großen Organisationen, die das Gesamtinteresse des immobilen, des mobilen Besitzes und der Arbeit vertreten, dann wird von ihnen auch der Gang der Politik beeinflusst werden. Auch im Parlament werden wir dadurch zu einer Vereinfachung der parteipolitischen Gruppierung gelangen, was sicherlich nicht zu betlagen wäre.“

Diese Stellungnahme läßt deutlich genug erkennen, daß es auch unter den Sozialdemokraten Männer gibt, die dem neuen Bund sympathisch gegenüberstehen. Die Arbeiterverbände selbst gehören in diesen Bund nicht hinein, denn sie haben ihren selbständigen Zweck.“

*) Für Einzelpersonen beträgt der Jahresbeitrag im Minimum 1 Mark.

Die vorwärtstrebende Arbeiterschaft hat aber bis dahin noch keinerlei Ursache, dem Bunde feindlich entgegenzutreten. Der Hansabund ist ein Gegenstück zum Bunde der Landwirte. Wer die Dinge auf der wirtschaftspolitischen Schaubühne beobachtet hat, der kann darüber nicht mehr zweifelhaft sein, daß der Bund der Landwirte eine rücksichtslos einseitig agrarische Interessenvertretung reaktionärer Art von Anfang an war und bis zu dieser Stunde geblieben ist. Im Bunde der Landwirte herrscht der junkerliche Geist. Die Konserwativen sowohl wie das Zentrum hat er unter seine Herrschaft gebracht. Das haben die letzten Tage von neuem gelehrt. Eine Zeitlang mußten sich auch die Nationalliberalen in einzelnen ihrer Wahlkreise ganz und gar danach richten, was der Bund der Landwirte anzuordnen geruhete. Abgesehen von einigen gehorsamen Dienern des Bundes der Landwirte, die jetzt von den Nationalliberalen zu den Konserwativen übergegangen sind, hat sich die Fraktion in Gemeinschaft mit den übrigen Parteien der Linken gegen den agrarischen Bund zur Wehr gesetzt. Das hat im Volke zweifellos einen sehr guten Eindruck gemacht. Aus derselben Stimmung heraus aber ist der neue Hansabund entstanden. Er will die Kräfte zusammenfassen, die den unheimlichen Druck, den das Agrarierium auf Handel, Industrie und Gewerbe auszuüben in der Lage war, gründlich abkühlten. Unter der agrarischen Herrschaft, wie sie unter Führung der Junker blauer und schwarzer Farbe geführt worden ist, leidet das gesamte arbeitende Volk in Stadt und Land, ohne Unterschied der sozialen Schichtung. Die Bestrebungen des Hansabundes stehen mithin auf derselben Linie, auf der bisher schon, leider ohne Erfolg, das deutsche Volk gegen das Junkertum und seine Herrschaft kämpfte.

Der Hansabund muß sich bemühen, das Vertrauen und die Sympathie der breiten Volksmassen zu gewinnen, dann wird seine Arbeit sicherlich erfolgreich sein. In den Tagesstreit zwischen Unternehmern und Arbeitern, Angestellten und Prinzipalen usw. darf er nicht eingreifen. Das haben seine Begründer richtig empfunden, als sie in der imposanten Gründungsversammlung den Herrn Kirbörff mit seiner Rede gegen die Sozialpolitik abfallen ließen. Der Hansabund kann weder für noch gegen die Arbeiter und ebenso weder für noch gegen die Arbeitgeber und Prinzipale Stellung nehmen in den Fragen der Sozialpolitik und der Beschäftigungs- und Angestelltenverhältnisse. Die Stellungnahme in einer dieser Fragen würde wie Sprengpulver wirken. Soweit diese Fragen nur im Kampfe zu entscheiden sein sollten, haben die Arbeiter und Angestellten einerseits und die Unternehmer und Prinzipale andererseits ihre Geere selbständig organisiert. Die dem Hansabunde angehörenden Korporationen und Einzelpersonen haben zahlreiche unterschiedliche Interessen. Auf dem Grunde aber, auf dem der Hansabund entstanden ist, haben sie alle ein großes, gemeinsames Interesse. Diesem gemeinsamen Interesse einheitlich zu dienen, sind alle Verdienlichkeiten zurückzustellen, um eine wichtige Macht zu bilden im Kampfe wider das Sonderinteresse des agrarischen Großgrundbesitzes.

Neben dem Hansabund hat sich noch ein Deutscher Bauernbund aufgetan, der ebenfalls in den Gegensatz zum Bunde der Landwirte getreten ist.

Ob dieser Deutsche Bauernbund eine Bedeutung erlangen wird, muß abgewartet werden. Die Anfänge sind schon recht gut. Der Hansabund aber, das darf mit viel größerer Aussicht erwartet werden, wird in Zukunft über die Fragen der Steuer- und Wirtschaftspolitik ein entscheidendes Wort mitreden können.

Gegen den Bund der Landwirte in seiner einseitig agrarischen Ausartung sind viele Kräfte im Volke mobil zu machen. Der Hansabund hat den rechten Augenblick erfaßt, alle diese Kräfte zu einheitlichem Ziel zusammen zu bringen. Wir Arbeiter können dem Bunde in seinen grundsätzlichen Bestrebungen nicht feindlich gegenüberstehen. Wenn es ihm gelingt, seine Absichten durchzuführen, dann wäre damit auch dem arbeitenden Volke gedient. Wollte er es je versuchen, eine Interessenvertretung der Unternehmer zu werden, so würde sein Todesurteil damit gesprochen sein. Und gelingt es ihm nicht, die breiten Volksmassen für seine bedeutsame Arbeit zu gewinnen, dann kann sein Wirken ebenfalls weder von Dauer, noch von Erfolg sein. Die Not der Zeit ist aber so groß, daß die Volkskräfte zusammenstehen müssen, die das Ziel anstreben, soziale Gerechtigkeit und Fortschritt auf dem Gebiete der Wirtschaftsa- und Steuerpolitik zur Geltung zu bringen.

Die überseeische Aus- und Einwanderung im Jahre 1908.

Die Zahl der Deutschen, welche im Jahre 1908 ausgewandert, hat sich gegenüber den Vorjahren ganz bedeutend, und zwar um 11 813 Personen verringert. Damit wurde die niedrigste Auswanderungsziffer in diesem Jahrhundert erreicht. Die höchste Zahl, nämlich 36 310 oder 6,2 auf 10 000 Einwohner weist das Jahr 1903 auf. Noch im Jahre 1907 belief sich die Zahl auf 31 696 oder 5,1 auf 10 000 Einwohner, um dann, wie gesagt, den niedrigsten Stand im Jahre 1908 mit 19 853 oder 3,2 auf 10 000 Einwohner zu erreichen.

Von diesen Auswanderern nahmen 16 722 ihren Weg über deutsche Häfen, davon mehr als 10 000 über Bremen und 6600 über Hamburg. Von den fremden Häfen wird am meisten Antwerpen benutzt.

Am stärksten beteiligt an der Auswanderung war die Provinz Brandenburg mit Berlin. Die Zahl der Auswanderer betrug hier 2159, worunter sich 858 weibliche Personen befanden. Die nächst höheren Riffen weisen Bayern, Hannover, das Königreich Sachsen, Rheinland und Posen auf. Es sind dies die Gebiete, aus denen mehr als 1000 Personen ausgewandert sind. Das Reiseziel der Auswanderer waren, wie in den Vorjahren, vorzugsweise die Vereinigten Staaten von Nordamerika, wohin sich nicht weniger als 17 951 Auswanderer wandten. Andere Teile von Amerika, wie Brasilien, Argentinien, suchten 1566 Personen auf, während nach Großbritannien 157, nach Afrika 33 und nach Australien 175 Personen ausgewanderten.

Was die Berufszugehörigkeit anbetrifft, so gehörten rund 5500 Auswanderer der Land- und Forstwirtschaft an, 5269 der Industrie und dem Baugewerbe, 2609 dem Handels- und Versicherungsgewerbe; häusliche Dienstboten waren 2028. Die übrigen Berufsgruppen sind mit weniger als 1000 Personen an der Auswanderung beteiligt. Bemerkenswert ist der erhebliche Rückgang der Auswanderer aus der Gruppe der Land- und Forstwirtschaft, die noch im Jahre 1907 die Zahl 10 920 aufwies.

Dem Geschlecht nach sind an der deutschen Ueberseeauswanderung die Männer in höherem Maße beteiligt als die weiblichen Personen. Von 18 583 Personen lagen darüber Nachweisungen vor; von diesen waren 10 516 männlichen und 8067 weiblichen Geschlechts. Mehr als zwei Drittel der Auswanderer stehen im Alter von 17 bis 50 Jahren, etwa ein Viertel aller waren 30-50 Jahre alt.

Die meisten Personen reisten allein. Nur 6963 reisten in Familien, deren 2178 gezählt wurden. Auf eine Familie kamen demnach 3,2 Köpfe. Die Tatsache, daß 2025 verheiratete Personen, darunter 1474 männliche, als Einzelpersonen reisten, beweist, daß die Auswanderung von Familien sich häufig herab vollzieht, daß das Familienhaupt voranreist und seine Angehörigen später nachkommen läßt.

Der Vollständigkeit halber seien auch noch einige Zahlen angeführt, welche die Auswanderung fremder Staaten über deutsche Häfen betreffen. Auch hier ist ein ganz ungeheurer Rückgang zu verzeichnen. Die Zahl fremder Auswanderer ist nämlich gegen das Jahr 1907 von 263 615 auf 106 499, also um nicht weniger als 257 116 zurückgegangen. Den Hauptanteil an der fremden Auswanderung hatten Rußland mit 46 376, Oesterreich mit 34 273 und Ungarn mit 22 682 Auswanderern. In großen Abständen folgen dann Rumänien mit 1029, die Schweiz mit 805 und Dänemark mit 415 Personen. Auch für die fremden Auswanderer war das Hauptziel Amerika, wohn 103 966 Personen sich wandten, während nach Afrika nur 111 und nach Australien gar nur 89 auswanderten.

Für die überseeische Einwanderung sind wir auf die vom Norddeutschen Lloyd in Bremen und von der Hamburg-Amerika-Linie in Hamburg gelieferten Nachweise angewiesen. Deshalb haben diese Zahlen auf absolute Vollständigkeit keinen Anspruch. Nach den Auskünften jener Gesellschaften stellte sich die Einwanderung im Jahre 1908 auf 216 917 Personen, was gegen das Jahr 1907 einen Rückgang um 895 Personen bedeutet. Die stärkste Ein- bzw. Rückwanderung mit 134 788 Personen fand aus Nordamerika statt.

Ein „Arbeiterführer“ mit 5000 Mark Gehalt.

In Waldenburg i. Schlef. und auch noch an etlichen Stellen im Reich besteht ein „Bund vaterländischer Arbeitervereine“. Wie sich herausgestellt, ist es der Reichsverband, der die Kosten für die Beamten dieses Verbandes bezahlt. Etwas davon war allmählich in die Definitivität gefloßen. Von Mund zu Mund ging die Mitteilung, Ermer, der Sekretär des „reichstreuen“ Bergarbeiterverbandes in Waldenburg, beziehe 5000 Mark Gehalt. Dagegen erließ dieser eine Erklärung, daß die Behauptung unwahr sei. Er beziehe laut Anstellungsvertrag nur 3000 Mark Gehalt. Nun veröffentlicht die Breslauer „Volksmacht“ ein Dokument, das vom Generaldirektor der Fürstlich Pleßischen Gruben herrührt und folgenden Inhalt hat:

1. Mit einem Herrn vom Reichsverband und Ermer ist gestern Herabsetzung der Gehaltsansprüche vereinbart worden. Ermer will auch für 5000 Mark die Stelle übernehmen, beantragt dann aber längere Anstellung (auf 8 oder 5 Jahre), Erfah. der Umzugskosten für Herreise und event. auch für die Rückreise, falls eine frühere Lösung des Verhältnisses eintreten sollte.

Da auch 5000 Mark nach oben hin noch recht hoch erscheinen, so ist mit Ermer vereinbart worden, daß er beim Verbands nur 8000 Mark fordert, für die weiteren 2000 Mark aber anderweit - etwa seitens des bergbaulichen Vereins - Sicherung bekommt. Im übrigen machte Ermer einen vorzüglichen Eindruck und erscheint für die Stelle unbedenklich geeignet.

2. Die Mitteilungen des Reichsverbandes über ihn werden dem bergbaulichen Verein, dem Landrat (mündlich), dem Arbeiterwohlfahrer mitzuteilen sein.

3. Es beginnt in Berlin demnächst ein neuer Rednerkurs, zu dem auf Wunsch Seiner Durchlaucht des Prinzen Leute von uns geschickt werden sollen.

4. Zum Vortrag bei Seiner Durchlaucht
Reindorf.

Ferner ist in einem Protokoll über die Vorstandssitzung des Vereins der niederschlesischen Grubenbesitzer vom 9. Mai 1907 ebenfalls die Rede vom dem Waldenburger Arbeiterführer Ermer.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung kam das Gesuch des Arbeitersekretärs Ermer um Gewährung eines Zuschusses zu den Kosten zweier Reisen in Angelegenheiten der Gründung eines Verbandes reichstreuer Arbeiter für Deutschland zur Verlesung.

Für wiederkommende gleiche Fälle wurde es als zweckmäßig anerkannt, die Reisekostenvergütung für Herrn Ermer ein für allemal fest zu bestimmen. Demgemäß wurden an Tagesgeldern 10 Mark und an Reisekosten das Fahrgeld der dritten Eisenbahnwagenklasse bewilligt. Auf den vorliegenden Fall angewendet, sind diese Kosten für eine Reise nach Frankfurt a. M. für vier Tage und für eine Reise nach Berlin für drei Tage zu berechnen.

Die von Herrn Ermer gleichzeitig erbetenen Mittel zur Mitreise nach Berlin für vier bis fünf Delegierte der reichstreuen Bergarbeitervereine im niederschlesischen Reviere wurden in derselben Höhe und denselben Beträge für jeden Teilnehmer (bis höchstens fünf) bewilligt.

Verein für die bergbaulichen Interessen Niederschlesiens.

Anwesend: Fr. Grünberg, Schule, Moeller, Heintze, Titler, Köhner, Balzer, Axtens, Gammert.

Der altentworfene Beweis ist nun erbracht, daß der Bund vaterländischer Arbeitervereine eine Gründung des Reichsverbandes und großer Unternehmungen ist und daher mit der praktischen Berufsorganisation der Arbeiter nichts gemein haben kann. Die Bergarbeiter, die sich haben irre führen lassen, werden, wenn sie in ehrlicher Weise vaterländische Gesinnung üben und als organisierte Arbeiter für die Verbesserung ihrer Lage wirken wollen, ihren Weg zu den Deutschen Gewerkschaften finden müssen.

Neuerdings macht Ermer, der sich seinen „Patriotismus“ gut bezahlen läßt, Reklame damit, daß Fürst Bülow die Ehrenmitgliedschaft bei seinem vaterländischen Arbeiterbund angenommen hat. Wahrscheinlich, das hat Fürst Bülow nicht verdient, daß er sich für eine so wenig reine, auch von der national denkenden Arbeiterschaft verurteilte Sache zu Reklamezwecken mißbrauchen lassen muß.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 20. Juli 1909.

Die tiefgehende Erbitterung über die neuen Steuern zu Lasten der Arbeiter und der vielen übrigen kleinen Leute mit geringem Einkommen wird noch verhärtet durch das weitere Anwachsen der Preise für die notwendigsten Lebensmittel. Das Volk erinnert sich, daß auch diese Teuerung mit zurückzuführen ist auf den unglücklichen Zolltarif, der von der konservativ-herkömmlichen Mehrheit angenommen worden ist. Das Schweinefleisch ist schon wieder einmal um 10 Pf. pro Pfund gestiegen. Die Arbeiterfrauen ringen vergeblich die Hände, weil sie nicht mehr wissen, wie sie es einrichten sollen, bei verminderten Einnahmen vermehrte Ausgaben bestreiten zu können.

Weizen ist auf 262 Mk., Roggen auf 192 Mk. pro Tonne gestiegen. Die amtliche „Statistische Korrespondenz“ muß feststellen:

„Die Getreidepreise sind im Berichtsmoat weiter gestiegen. Insbesondere hob sich der Preis für Weizen mittlerer Qualität im Durchschnitt der Berichtsorte gegen den Vormonat um 11 Mk. für die Tonne; er ist damit seit Januar d. J. bereits um 60 Mk. in die Höhe gegangen. Der Roggenpreis stieg gegen den Monat Maid. J. um 9, der Haferpreis um 7 Mk., ersterer mithin seit Januar um 27, letzterer um 33 Mk., wogegen bei den Gerstpreisen, welche von April auf Mai unverändert blieben, für den Berichtsmoat nur ein ganz geringfügiges Anziehen zu bemerken ist.“

Die Großhandelspreise für Süßfrüchte, Kartoffeln, Heu und Stroh sind durchweg im Gesamtdurchschnitt gestiegen, am meisten die für Speisebohnen (um 12 Mk.), demnächst die für Heu (um 8 Mk.); andererseits zeigen die entsprechenden Kleinhandelspreise für Süßfrüchte und Kartoffeln gegen den Vormonat eine Aufwärtsbewegung nur bei den Erbsen. Der Butterpreis ist im Berichtsmoat zum erstenmal seit Januar etwas zurück, der Eierpreis emporgesunken.

Die schon seit einiger Zeit beobachtete Preis-erhöhung für Mehl und Brot hat, abgesehen vom Roggenmehl im Großhandel, dessen Preis gegen Mai unverändert geblieben ist, im Berichtsmoat angehalten.“

Auf unsere Petition in Sachen der Arbeitskammern ging uns vom Reichstag, datiert Berlin NW. 7, den 13. Juli 1909, folgender Bescheid zu: „Die beim Reichstage angebrachten, den Entwurf eines Arbeitskammergesetzes betreffenden Petitionen sind infolge des Sessionsschlusses nicht mehr zur Beratung und Beschlußfassung im Plenum gelangt. Ueber den obengenannten Entwurf hat die mit der Vorberatung betraute Kommission Bericht erstattet und beantragt, die zu dem Gesetzentwurf eingegangenen Petitionen für erledigt zu erklären und folgende Resolutionen anzunehmen: die verbündeten Regierungen zu eruchen, a) dem Reichstage, um auch den Handlungsgehilfen eine Ständevertretung im Sinne des kaiserlichen Erlasses vom 4. Februar 1890 zu verschaffen, baldmöglichst einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen, b) dem Reichstage baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen den technischen Angestellten (Betriebsbeamte, Werkmeister,

Techniker, Lit. 7 Abschnitt Bb der Gewerbeordnung) eine den Bedürfnissen dieses Standes entsprechende Vertretung geschaffen wird.“

In der katholischen Arbeiterbevölkerung herrscht, wie uns aus verschiedenen Teilen des Reiches gemeldet wird, große Erregung über das Verhalten des Zentrums und besonders der christlichen Gewerkschaftsführer bei der Abstimmung über die sogenannte Finanzreform. In einem oberdeutschen Zentrumsblatt hatte der Redakteur dem vorhandenen Unwillen Ausdruck gegeben. Dafür wurde er von seinem Verleger gemahregelt. Wird das nun auch mit dem Redakteur des „Schwarzwälder Volksblatt“ (Zentrumsorgan) geschehen, der dies schrieb:

Bei einer Belastung des deutschen Volkes um eine halbe Milliarde neuer Steuern, zu der noch mindestens 100 Millionen an Erhebungsstellen, Gratifikationen an die Bundesstaaten, Liebesgaben an privilegierte Klassen und ähnliche Aufwendungen kommen, sollte man es eigentlich für selbstverständlich halten, daß wenigstens alle Kreise und Schichten des Volkes etwas zu den neuen Steuern beitragen, wenn auch nicht nach ihrer Leistungsfähigkeit. Diese Annahme wäre indessen ein Irrtum. Es gibt eine Klasse die nicht bloß nichts zu zahlen hat, sondern die noch profitiert, das ist der Großgrundbesitzer. In jeder Zentrumsabgeordneten hätten nie und nimmer zugeben dürfen, daß der Großgrundbesitzer ungeschoren davon kommt, man hätte ihn zum mindesten mit einer geeigneten Steuer an Stelle der Erbschaftsteuer treffen müssen oder die Liebesgaben ihm etwas mehr beschneiden sollen. Allein es ist nun einmal die Klage derselben Parteigenossen, die auch einmal einen Blick hinter die Kulissen der Fraktion zu werfen vermögen, daß diejenigen Abgeordneten, die Großgrundbesitzer sind und zudem noch von Adel sind, einen viel zu großen Einfluß in der Fraktion ausüben, und dann, daß auch manche von unseren bürgerlichen Abgeordneten - leider sei es gesagt - ihre demokratischen Ansichten, die sie bei Agitationsreden kundgeben, mit ihrer Handlungsweise in Berlin nicht in Einklang zu bringen vermögen. Die Wähler erkennen an, daß das Zentrum in erster Linie zu einer Lösung der Finanzreform beigetragen hat - allein uneingeschränktes Lob über die Art und Weise der Lösung kann nur der spenden, der überhaupt kein selbstständiges Urteil besitzt oder unter allen Umständen die Taten der Fraktion zu billigen sich angewöhnt hat.

Ferner hätte das Zentrum niemals zugeben dürfen, daß das mobile Kapital im Gegensatz zur breiteren Masse des Volkes in solch geringen Maße zur Finanzreform herangezogen wird. Nur 130 Millionen Verkehrssteuern stehen 350 Millionen Konsum- oder indirekten Steuern gegenüber. Die eigentliche Last liegt auch nicht auf dem mobilen Kapital, das mehr schütanert als ernstlich besteuert wird, sondern auf der konsumierenden Masse. Jedes Täßchen Kaffee und Tee, jedes Glas Bier, jedes Gläschen Schnaps wird versteuert. Wie hoch sich für den einzelnen die Mehrbelastung stellt, das läßt sich natürlich schwer berechnen, weil es dabei nicht bloß auf die Steuer selbst, sondern auf den Zwischenhandel ankommt, der natürlich wieder seine Zuschläge zur Steuer macht. Dazu kommt noch die Tabaksteuer mit 33 Millionen. Das sind zusammen 260 Millionen auf dem Konsum der Masse. Von der Licht- und Holzsteuer ganz zu schweigen. Schlägt man dazu 30 Pct. für den Zwischenhandel - was eher zu wenig als zu viel gerechnet ist - so kommt man auf 400 Millionen, um welche der Konsum der Masse belastet wird. Das würde auf einen Arbeiterhaushalt etwa 50 Mark im Jahre ausmachen, wohlgemerkt bei einem Manne, der jährlich nur 700 bis 1000 Mark verdient. Das ist doch keine Finanzreform, wie sie der Masse der Zentrums wähler und dem Volke entspricht.

Wohl geben wir zu, daß die neue Mehrheit auf eine starke Nachgiebigkeit und Kompromißerei mit der Regierung angewiesen war, um irgend ein positives Resultat zu erzielen. Doch das Tempo, in dem die neuen Steuern in den letzten Tagen durchgeputzt wurden, geht uns nicht. 135 Millionen Verkehrssteuern und 200 Millionen Konsumsteuern hätten vorerst genügt; die Regierung hätte sich zufrieden geben müssen. Bis Herbst hätte man neue Steuern für das mobile Kapital schon weiter herausgeschlagen können. Denn 350 Millionen Konsumsteuern nebst 45 Millionen Mark Liebesgaben an die Agrarier ist ein bißchen zu viel. Das ist schon keine ausgleichende Gerechtigkeit mehr. Wang glaube nur nicht, daß das Volk mit der Haltung der neuen Mehrheit vollständig einverstanden ist. Es werden ganz erbitterte Stimmen laut, namentlich in industriellen Kreisen. Und auch wir können nicht umhin, nach der Ablehnung der Erbschaftsteuer im Hinblick auf die neue Mehrheit leider zu jütieren: „Incidit in Scyllam, bui vitare Charybdem.“

Sollt auch das Zentrum noch werden mag, diesen Verrat an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung wird es nie wieder gut machen können. Und auf den christlichen Gewerkschaften bleibt dauernd der Vorwurf haften, daß sie bei diesem traurigen Werke mitgewirkt haben.

Erkung des Fürsten Bülow. Der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands hat dem Fürsten Bülow durch ein Schreiben des Pfarrers Dr. Weber

die Ehrenmitgliedschaft angetragen. Herr Pilow hat die angetragene Ehre mit Dank angenommen.

Wie die „christlichen“ Gewerkschaften die Agitation betreiben, geht aus einem Zirkular hervor, das, datiert vom 4. Juni 1909, an sämtliche katholischen Pfarrer in Köln verandt worden ist. Zu dem Zirkular heißt es:

„Ein Hochwürden gestattet sich das Kartell der christlichen Gewerkschaften Kölns folgendes Ergebnis zu unterbreiten: Alljährlich ziehen Hunderte von Arbeitern, allein oder mit Familie, in die Großstädte oder deren Vororte. Mit den Gefahren, die ihnen hier in religiöser und sittlicher Beziehung drohen, sind die meisten — namentlich die vom Lande zuziehenden — unbekannt. Solche Gefahren ergeben sich insbesondere aus dem gedrängten Zusammenwohnen, dem täglichen Verkehr mit Ungläubigen, der kirchenfeindlichen Presse usw. Auf der Arbeitsebene wird insbesondere seitens der sozialdemokratischen Arbeiter mit allen Mitteln darauf hingewirkt, diese Leute für ihre Ideen zu gewinnen. Da ist es leicht zu verstehen, wenn so viele zuziehende dem Christentum verloren gehen und in der Sozialdemokratie die weltliche Vertreterin ihrer Interessen erblicken.“

In dem Zirkular wird dann darauf hingewiesen, daß seit einigen Jahren die katholischen Arbeitervereine „plamäßig die Gewinnung dieser Eingehenden mit Hilfe der Pfarrämter für sich erstreben.“ Zu dem Zwecke werde „von den einzelnen Pfarrern den katholischen Arbeitervereinen allmonatlich die Listen der zuziehenden Personen bezw. Familien überlassen.“ Die Kartellkommission wünscht nun, daß für die Folge auch „unseren christlichen Gewerkschaften“ die Listen ausgeschickt würden. „Dadurch würden wir in die Lage versetzt, die zuziehenden durch unsere Vertrauensleute aufzufinden zu lassen, und zu versuchen, sie für unsere Sache zu gewinnen. Viele würden so davon bewahrt, der sozialdemokratischen Agitation anheim zu fallen, weil sie an unserer Organisation einen starken Rückhalt finden.“

An Hand dieser dann von der Geistlichkeit zur Verfügung gestellten Listen wird die Agitation im Wege des Hausiergewerbes betrieben. Jeder einzelne wird aufsucht und bearbeitet. Wo es angeht, kommt man noch mit einem schönen Gruß von dem Herrn Kaplan, und wenn dann einer nicht will, weil ihm der Zusammenhang mit der Zentrumsparthei nicht gefällt, dann wird auch die Partei, die den Reichen schon und die Armen mit neuen Steuern belastet, erst verteidigt und dann gelobt! Wenn nicht so ein bißchen Agitation für die Zentrumsparthei mit betrieben wird, hat die Auslieferung der Listen doch keinen Zweck.

Unsere Gewerkschafter brauchen es in dieser Form nicht nachzumachen. Daß aber jeder von uns sich berufen fühlen sollte, für die Gewinnung neuer Mitglieder zu wirken, das sollte keinem unserer Verbandskollegen auch nur einen Augenblick zweifelhaft sein.

Arbeiterbewegung. Die Lohnbewegung im ober-schlesischen Baugewerbe ist mit einem Erfolge für die Arbeiter beendet. Der Stundenlohn wurde von 40 auf 43 Pfg. erhöht und die Gültigkeit des Vertrages bis 1. April 1910 beschlossen. — Der Streik der Steinarbeiter in Mühlbach (Baden) geht seinem Ende entgegen. Es haben Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern stattgefunden, die zu einer Verständigung führen werden. — Die Lohnbewegung der Köpfer in Leipzig hat einen günstigen Verlauf genommen. Es sind im Durchschnitt 8 Prozent Zulage gewährt worden. — In Pforzheim stehen die Maurer schon 12 Wochen im Streik, da die Verhandlungen über den Tarif zu keiner Verständigung führten. Die Christlichen waren bei diesem Kampf mit einem Mitgliede vertreten. Und dieser eine ist mit Zustimmung seiner Organisation zum Streikbrecher geworden. Eine Versammlung Christlicher nahm eine Resolution an, in welcher gesagt wird, daß der Streik als solcher nicht mehr respektiert werden könne, weil die Streikenden bereits anderweitig Arbeit suchten. Das ist eine sehr merkwürdige Begründung, einen Streik als erledigt zu erklären. Die Pforzheimer sozialdemokratische „Freie Presse“ wirft die Frage auf, wo die Stadtverwaltung bleibt, die doch auch einmal versuchen könnte, eine Einigung herbeizuführen. Zwischen Streikenden und Schulkindern ist es vielfach zu beständigen Zusammenstößen gekommen. — In Bremen stehen seit 6 Wochen die Stutfkatoren im Streik. — Die Weber und Weberinnen der Firma Steinberg in München-Gladbach sind in den Ausstand getreten, weil die bestehenden Differenzen durch Verhandlungen nicht beigelegt wurden.

Ende vorigen Monats fand in Berlin eine Konferenz der Vertretungen der Gewerkschaftshäuser statt, über welche das Korrespondenzblatt der Generalkommission berichtet. Die Beschlüsse dieser Konferenz sind auch für die Gewerkschafter

von erheblichem Interesse, weshalb wir sie hier zum Abdruck bringen:

1. Die Konferenz warnt dringend vor der unüberlegten Errichtung von Gewerkschaftshäusern. Die Erwerbung eines eigenen Hauses erscheint nur da berechtigt, wo es nicht möglich ist, auf andere Weise Versammlungsorte zu beschaffen und die Verbergsfrage zu lösen.

2. Die Beschaffung der Mittel ist Aufgabe der örtlichen Organisationen. Es soll jedoch die Errichtung einer Volksbank in erster Erwägung gezogen werden. Die Konferenz erwartet, daß die Generalkommission mit dem Parteivorstand und den Vertretern der Gewerkschaften und Krankenkassen zu einer solchen Einrichtung gemeinsam Stellung nimmt und das Ergebnis der Beratungen den örtlichen Gewerkschaftskartellen zur Kenntnis gibt.

3. „Es ist anzustreben, daß für die Benutzung der Säle eine bare Miete gezahlt wird und daß die indirekte Entschädigung durch den Verzicht von Getreiden fortfällt. Wo die Erhebung von Mieten nicht möglich ist, da ist ein direkter Beitrag der Gewerkschaften und der Partei zur Erhaltung des Gewerkschaftshauses zu verlangen.“

4. „Um die Möglichkeiten zu haben, die Verbergsverhältnisse in mühseligster Weise zu lösen, bedürfen die Gewerkschaftshäuserbarer Zuzüsse seitens der Gewerkschaften am Ort.“

5. „Von der Partei- und Gewerkschaftspresse wird erwartet, daß sie in geeigneter Weise für die Unterstützung der bestehenden Gewerkschaftshäuser eintritt.“

Der Eifer, Gewerkschaftshäuser zu gründen, ist überall ein sehr lebhafter. Nachher fehlt es aber an der Wahrung dieses Eifers in der Unterstützung des eigenen Heims. Auch unsere Verbandskollegen in Berlin könnten es sich weit mehr angelegen sein lassen, das Verbandshaus und seine Lokale zu besuchen. Wir fürchten, daß es auch heute in Berlin noch Gewerkschafter gibt, die von einem Verbandshaus nur gelegentlich einmal etwas gehört, die es aber noch nie gesehen haben. Das ist beschämend. Soffentlich bedarf es nur dieses Anstoßes, um die Verbandskollegen zu veranlassen, doch auch ab und zu ihrem eigenen Heim einen Besuch abzustatten.

Verbotener Festzug. Wie vor kurzem in Hannover, so hat auch die Polizeidirektion von Braunschweig dem Metallarbeiterverband die nachgesuchte Genehmigung zur Abhaltung eines Festzuges durch Braunschweig abgelehnt. Die Ablehnung wird begründet mit dem Hinweis auf die Vorgänge bei den Wahlrechtsdemonstrationen am 22. Januar. Bei Veranstaltung offener Aufzüge von Angehörigen der sozialdemokratischen Partei seien hienach Ausfahrungen und Verberbsstörungen zu erwarten und darin bestehe eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes gehörten vorzugsweise der sozialdemokratischen Partei an.

Gegen diesen ablehnenden Bescheid appellierte der genannte Verband an das Verwaltungsgericht als oberstes Gericht des Herzogtums, erhielt aber denselben Bescheid. Regierungsrat Semmer wies darauf hin, daß noch kürzlich der sozialdemokratische Stadtverordnete Nieke in der Stadtverordnetenversammlung erklärt habe, daß Partei und Gewerkschaften eins seien. Mitglieder des Metallarbeiterverbandes seien auch bei der Wahlrechtsdemonstration beteiligt gewesen. Die sozialdemokratische Partei und der Metallarbeiterverband hielten ihre Versammlungen in demselben Lokal ab. Sozialdemokraten hielten in den Versammlungen der Gewerkschaften Vorträge, und der Geschäftsführer des Verbandes fungierte als Agitationsredner für die Sozialdemokratie und als Delegierter auf den sozialdemokratischen Parteitag.

Der „Vorwärts“ macht hiergegen die interessante Mitteilung, daß von den Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes in Braunschweig nur ein Drittel der sozialdemokratischen Partei angehöre.

Den Festzug hätte die Polizei übrigens ruhig gestatten sollen, Braunschweig würde daran nicht zugrunde gegangen sein. Zu fragen wäre hier nur, wie die zwei Drittel, die nicht sozialdemokratische Arbeiter sind, in die Gewerkschaft hineinkamen. Wie vielen wird die Mitgliedschaft zwangsweise aufgedrängt worden sein?

„Einen Verräter an der Arbeiterfrage“ nennt die sozialdemokratische „Münchener Post“ vom 4. Juli ihren Parteigenossen Gauleiter Georg Dobler. Die vom Vorstände des Transportarbeiterverbandes eingeleitete Untersuchung führte zur Entlassung Doblers und wurde ihm gleichzeitig aufgegeben, sein Amt als Gemeindevollmächtigter (Stadtverordneter) in München niederzulegen. Das geschah alles bereits am 30. November bezw. 1. Dezember v. J. Die festgestellten Ver-

untrennungen haben zur Anzeige bei der Staatsanwaltschaft geführt.

Wir würden kaum auf diesen Fall eingegangen sein, wenn nicht damals, als die Presse Mitteilung davon machte, daß Dobler wegen unreeller Manipulation aus der Gemeindevertretung ausgeschieden sei, die sozialdemokratische Presse diese Behauptungen für Verleumdungen erklärt hätte. Auch in der „Münchn. Post“, die jetzt die Tatsachen feststellt, wurden damals die Angriffe auf Dobler zurückgewiesen. Erklärte sich dies so, daß die „Münchn. Post“ usw. in jener Zeit keine genaue Kenntnis von den Vorgängen gehabt hätten und selber getäuscht worden wären, dann könnte darüber hinweggesehen werden. Aus der Darstellung, die jetzt in der „Münchn. Post“ erscheint, geht aber mit Deutlichkeit hervor, daß die Parteinstanzen schon damals genau informiert waren. Das wirft ein bedenkliches Licht auf den Wert von Berichtigungen und Ablehnungen in der sozialdemokratischen Presse.

Gewerkschafts-Teil.

§ Berlin. Spibubentaktiv. Der Vertrauensmann Riese vom deutschen Metallarbeiterverband ist auf eine geniale Idee verfallen, neue Mitglieder zu werben. Und der Mitgliederberührung des Metallarbeiterverbandes ist sehr groß. Ihn zu stellen, kam Riese in der deutschen Munition- und Waffenfabrik Wittenau auf einen Trick, der mit Ehrlichkeit absolut nichts zu tun hat. Er rebete den Gewerkschaftskollegen vor, er müsse ihre Leittungsbücher haben, um die Organisationsverhältnisse festzustellen. Einige unserer Kollegen waren auch so gutmütig, ihm die Bücher zu übergeben, da er versprach, dieselben gleich wieder zurück zu geben. Aber nach einigen Tagen erklärte dieser geniale Agitator, daß die Gewerkschafter übergeschrieben sind zum Metallarbeiterverband. Natürlich ließen sich unsere Kollegen das nicht gefallen und verlangten energig ihre Bücher zurück, die er dann auch schließlich herausrückte. Es war also nichts mit dieser neu ausgetüftelten Agitationsform. Wir empfehlen aber diesem „tüchtigen“ Vertrauensmann sein Augenmerk mehr auf die vielen Unorganisierten zu richten, vielleicht gelingt es ihm da besser als bei den Gewerkschaftern. Unsere Kollegen bitte ich, solchen Agitatoren, sollten sie sich auch in anderen Betrieben mit diesem Trick bemerbar machen, gehörig auf die Finger zu klopfen.

W. Köhler.

§ Bremen. Am 11. Juli fand in Bremen eine Konferenz aller an der Wasserfront bestehenden Ortsvereine statt. Unser Verbandsvorsitzender Carl Goldschmidt leitete die Versammlung, welche sehr zahlreich besucht war, mit einer zündenden Ansprache ein. Kollege Goldschmidt besprach dann den Hauptpunkt der Tagesordnung über die „Errichtung des Arbeitersekretariats in Bremen“, begründete in längerer Ausführung die Notwendigkeit desselben und erudt alle Anwesenden um Unterstützung in geistiger und materieller Hinsicht. Die günstige Lage Bremens berechtigt uns zur Hoffnung, einen festen Boden an der Wasserfront zu gewinnen. Nachdem die Kollegen Breit-Hamburg und Hermann-Bremen zu Vorkämpfern und Würtner-Bremen und Wille-Hannover zu Schriftführern für die Versammlung gewählt waren, erhielt von dort zu seinem Vortrage: „Die Aufgaben des Arbeitersekretariats.“ In leicht verständlicher sachlicher Weise verstand es der Referent, dieses Thema wirksam darzustellen. Zunächst besprach er die Schwierigkeiten der sozialen Gesetzgebung, daß ein Arbeiter selten in der Lage sei, aus diesem Labyrinth von Bestimmungen sich heraus zu finden. Der Wunsch nach Errichtung von Sekretariaten werde natürlich Weise in den Kreisen der Gewerkschaften immer lebhafter. Aufgabe des Sekretariats sei die Mitwirkung bei Regelung der Arbeitsverhältnisse, bei Streiks, Ausparierungen usw. Die Stärkung der inneren Organisation, durch Besuch aller beteiligten Ortsvereine, Errichtung von Diskussionsclubs, Förderung des Vertrauensmannsystems usw. Redner erudt dann alle Vertreter der Ortsvereine, mehr als bisher zu tun, die Presse für uns zu gewinnen. Denn zur Agitation ist die Presse für uns von großer Bedeutung. Ueberhaupt ist es für uns unerlässlich, mehr an die Öffentlichkeit zu treten und nicht immer das Weichen im Verborgenen zu sein. Wir haben keine Ursache in Zurückgezogenheit zu leben, sondern alles Recht und alle Ursache mehr ans Licht, mehr an die Öffentlichkeit zu bringen, um mit aller Energie den Gewerkschaftsideen Geltung zu verschaffen. Mit der Bitte an alle anwesenden Kollegen um Unterstützung in seinem Amte, schloß Kollege Neuthen seinen bis zum Schluß interessanten Vortrag, welcher mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde.

Kollege Goldschmidt besenchtete sodann die gegenwärtige Lage der Arbeiterbewegung, sowie deren unheilvolle Zersplitterung durch die Verbindung einerseits mit parteipolitischen, andererseits mit kirchenpolitischen Tendenzen. Jedem sachlich urteilenden Arbeiter müßte es klar sein, daß nur durch Aufschaltung aller parteipolitischen und kirchenpolitischen Tendenzen eine rein praktische Ziele ins Auge fassende Arbeiterbewegung bezw. Arbeiterorganisation dauernd wirksam sein kann, nie es die Deutschen Gewerkschafter sind. Nach einer lebhaften Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Konferenz der Gewerkschafter in Bremen, an welcher die Vertreter von Ortsvereinen aus 16 Städten der Wasserfront teilnahmen, beschließt die Förderung und Unterstützung der Gewerkschafter und ihre weitere Ausbreitung durch eine energig Agitation zu betreiben. Zu diesem Zweck wird zunächst in Bremen, später sollen Hamburg, Kiel usw. folgen, ein Arbeitersekretariat errichtet. Die Konferenz beschließt zur Er-

haltung des Arbeitersekretariats einen Beitrag von 3 Pfg. pro Woche und Mitglied zu erheben. Alle Ortsvereine der Wasserwerke werden aufgefordert, diesem Beschlusse beizutreten. Die Vertreter auf der Konferenz verpflichten sich, in ihren Ortsvereinen lebhaftes Interesse zu erwecken für das Arbeitersekretariat, damit es recht bald möglich wird, weitere Sekretariate ins Leben zu rufen. Diese impotente Versammlung, vom ersten Gewerkevereinsgeist getragene, wurde nach Erledigung der Tagesordnung mit einem dreifachen Hoch auf die Deutschen Gewerkevereine geschlossen. Friedrich Wüttner.

§ St. Ingebert i. d. Pfalz. Hier hat sich ein Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter gebildet. Wir erwarten noch weiteren Zuwachs. B.

§ Ockertshaus bei Mettenberg. Auch hier geht es vorwärts. Soeben ist es uns gelungen, einen Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter ins Leben zu rufen. Wir hoffen auch in verschiedenen Nachbarorten für unsere Gewerkevereine weiteren Boden zu finden. H.

§ Seditz i. S. Es ist uns gelungen, hier einen sehr ausgedehnten Ortsverein der Fabrik- und Handarbeiter zu gründen. x

Verbands-Zeil.

2. Mitteilung über eingekaufte Sammelgelder für die im Streit befindlichen Steinarbeiter (Handwerker) in Mühlbach in Baden.

Handwerker: Josef M. 5. Frauen und Mädchen: Friedrich 3. Graphische Berufe und Maler: Dauten II 5, Leipzig 5, Stolp i. Pom. 5, Jitta 5. Holzarbeiter: Grauberg 2, Leipzig-Bindenau 5, Rudolstadt 5, Jitta 2,50. Schuhmacher u. Lederarbeiter: Barth 4,55, Hofmeier 5. Textilarbeiter: Großhain 5, Rath a. S. 5. Löffel: Eggstein 2, Waldenburg 5. Ortsvereine: Chemnitz 10, Dautzig 8,00, Friedersdorf 5, Magdeburg (Eberhardt, Gerfort, Zämer) 2. Summa Mark 223,90. Bereits quittiert 129,80. Insgesamt Mark 223,90. Außerdem direkt überandt: Fabrik- und Handarbeiter: Generalrat M. 200. Maschinenbau- und Metallarbeiter: Generalrat M. 300. Mitin insgesamt Mark 723,90. Berlin, den 20. Juli 1909. Rudolf Klein, Verbandskassierer.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkevereine (G.-V.). Verbandsklub der Deutschen Gewerkevereine, N.O., Greifswalderstraße 221/223. Im Juli und August fallen die Sitzungen aus. Erste Sitzung nach den Ferien Mittwoch, 8. September. Gewerkevereins-Mitglieder (G.-V.). Jeden Donnerstag, abends 9 bis 11 Uhr, Übungsstunde im Verbandsklub der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste sind herzlich willkommen. Distriktsklub Monats. Jeden Freitag, abends 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Radau, Waldstraße 58. Fachwissenschaftlicher Distriktsklub Berlin. Pflückerstraße 20. Sitzung jeden ersten und dritten Dienstag im Monat. — Sonntag, 24. Juli. Maschinenbau- und Metallarbeiter I. Abends 8 1/2 Uhr bei Reichert, Bergstraße 69. Werkstattangelegenheiten u. a. m. — Maschinenbau- und Metallarbeiter II. Fruchtstraße 26 a. I. Mitteilungen. II. Vortrag des Kollegen Reußel: „Die Theorie der Wirtschaftskrisis“. III. Werkstattangelegenheiten. IV. Verschiedenes. — Maschinenbau- und Metall-

arbeiter IV. Abends 8 1/2 Uhr bei Ehem, Bismarckstr. 61. Protokoll. Monatsbericht. Kassenbericht. Vortrag des Kol. Hartmann über: „Die neue Reichsversicherungsordnung“. Verschiedenes. — Maschinenbau- und Metallarbeiter XII. Abends 8 1/2 Uhr, Ortsversammlung, Brunnenstraße 148 bei Oswald Berliner. Besprechung der Gewerkevereinsstatuten und Werkstattangelegenheiten. Kohlenbesetzung. — Maschinenbau- und Metallarbeiter X. Abends 8 1/2 Uhr, Kaiserhof 12 bei Gerlach, Versammlung und Vortrag über: „Gärten des Stahls“. — Maschinenbau- und Metallarbeiter XIII. Abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Trantow, Schönhauser Allee 65. Vortrag des Bezirksleiters Kol. Weigl über: „Gewerke rein und das Unternehmertum“. — Maschinenbau- und Metallarbeiter III. Abends 8-10 Uhr Jahlabend bei Radau, Waldstraße 58. — Kaufleute IV. Mittwoch, 21. Juli, abends 9 Uhr, im Verbandsklub, Greifswalderstr. 221/23. Mitglieder-Vers. L.-O.: 1. Vortrag des Herrn E. Dabrud über: „Die Einrichtungen des Medizinerverbands“. 2. Diskussion. 8. Geschäftsbericht.

Leipzig. Deutsche Handelschiffsarbeiter-Versammlung. Die Versammlungen finden jeden Sonnabend nach dem 1. jedes Monats im Restaurant „Zum letzten Heller“, Lindenau, Bübenerstraße, statt.

Orts- und Kreisvereine.

Nachau (Distriktsklub). Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsabend bei Reuther, Ede Parkemannplatz und Jägerstraße. — Hamborn (Ortsverband). Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr präz., im Hüttenhaus Hotel, Wollstr., Distriktsklub (Distriktsklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 9 Uhr bei Paetow, Kaiser Wilhelmstraße 77. — Dresden (Distriktsklub). Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sanderbräu Bebergsstraße 28 statt. Gäste willkommen. — Köln (Distriktsklub). Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr im Restaurant „Bater Kolping“, Eiserstraße. — Hamburg (Distriktsklub). Jeden 2. u. 4. Mittwoch im Monat bei Paetow, Kaiser Wilhelmstraße. — Duisburg (Distriktsklub). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hofentamp, Friedrich Wilhelmstraße, Distriktsabend. — Walsheim-Näher (Ortsverband). Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Wir Joh. Müller, Sandstraße 88. — Cottbus (Distriktsklub). Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Robel, Berlinstr. 120. — Leipzig (Gewerkevereins-Ledertafel). Die Übungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — Weichenfels a. S. (Sangsabteilung der Gewerkevereine). Übungsstunde jeden Dienstag, abends 8 1/2-11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schäfersstraße. Eingeladene Gewerkevereinskollegen sind willkommen. — Zerlshaus (Distriktsklub). Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Jander, Döhrstr. — Lippstadt (Ortsverband). Sonntag, 25. Juli, nachm. 3 1/2 Uhr, Verbandsversammlung in Lippstadt. — Ratingen (Ortsverband). Sonntag, 25. Juli, vorm. 11 Uhr, Monatsversammlung.

Veränderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Eöln (Ortsverband). Augustin Höp, Schriftführer, Eifelwall 52. Düsseldorf (Ortsverband). Emil Wildhagen, Hofstraße 11 III. Königsfeldt (Gewerkeverein der Deutschen Eisenbahner). Ditto Wildhagen, Vorsitzender, Alt-Jaernerich, Bahnhofsstraße 40; Josef Herzfeldt, Schriftführer, Schweinertstr. 5; Hermann Kluge, Kassierer, Schulstr. 2.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren. Genauere Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Nüchternung erfolgt nicht.

Die Gemeindebetriebe der Stadt Düsseldorf. Von Dr. O. Rost. Die Gemeindebetriebe der Städte Ragnit, Königsberg, Rastenburg, Frankfurt a. M., von Prof. Dr. O. Landsberg, Dr. med. E. B. Schiele, Dr. Aug. Busch. Die Gemeindebetriebe Mannheims. Von Dr. O. Roediger. Herausgegeben im Auftrag des Vereins für Sozialpolitik von Carl Johannes Fuchs. Verlag von Duncker u. Humblot in Leipzig.

Die Gartenstadt-Bewegung. Von G. Kampfmeyer. Aus Natur und Geistestwelt Nr. 250. Verlag von W. G. Teubner in Leipzig.

Berlin und seine Bedeutung für die deutsche Sozialdemokratie von Prof. Dr. Bernh. Garms-Riel. Verlag von Gustav Fischer in Jena. Broch. 1,50 Mk., geb. 2 Mk.

Württembergische Jahrbücher. Herausgegeben von dem Königl. Statist. Landesamt. Jahrgang 1908, Heft 1 und 2. Verlag von W. Kohlhammer in Stuttgart.

Jahresberichte der Gewerke-Aufsichtsbeamten im Königreich Württemberg für 1908. Verlag von W. Binde-mannes Buchhandlung (P. Kurz) in Stuttgart.

Reitfährte für soziale Unterrichtsstufe. 1. Folge: I. Die gegenwärtige Lage. II. Die verschiedenen Auffassungen von der Entlohnung und Befestigung der sozialen Räte. 2. Folge: Die tatsächlich geleistete soziale Arbeit. Verlag des Landesverbandes evangelischer Arbeitervereine im Königreich Sachsen. Preis per Folge 75 Pfg.

Reichsgesetz über die Sicherung der Bauforderungen vom 1. Juli 1909. Bearbeitet vom Handwerkskammer-Sekretär G. Freitag und Amtsgerichtsrat Sekretär F. Hausenjad. Mit Einleitung, Erläuterungen und Sachregister. Verlag von E. A. u. S. Weil in Tübingen. Preis geb. 1,50 Mk.

Wie wir leben sollen. Ein Buchlein für die Familie. Von Dr. med. Rader (0,50 Mk.). Leipzig, Edmund Demme, Hofverlagsbuchhandlung.

Georg (Oberregierungsrat), Sozialer Krieg und Frieden. Kurze Uebersicht der sozialen Ertragsverhältnisse und Kämpfe unserer Tage für Deutsche aller Stände. 1909. Verlag E. S. Mittler & Sohn, Königliche Hofbuchhandlung, Berlin SW. 68, Kochstraße 68-71. Mk. 1,25.

„Die schmackhafte Küche ohne Fleisch“, 125 Rezepte, nahrhaft und billig Preis 85 Pfg. P. Zimmermann'scher Verlag, Chemnitz-R. Das Buchlein ist für die vegetarische und gemischte Küche bestimmt.

Briefkasten.

198256. E. H. Magdeburg. 1. Nach § 1640 des B. G. B. steht Kraft der eitelichen Gewalt dem Vater die Rührung an dem Vermögen des Kindes zu. Von der Rührung ausgeschlossen ist nach § 1651 dasjenige, was das Kind durch seine Arbeit oder durch den ihm nach § 112 gestatteten selbständigen Betriebe eines Erwerbsgeschäftes erwirbt. In ihrem Falle können also die Kinder, so lange sie nicht mit Erreichung des 21. Jahres bürgerlich selbständig geworden sind, keinen Rechtsanspruch machen auf die Zinsen von dem Muttererwerb, obgleich sie ihren Lebensunterhalt selbstständig bestreiten. 2. Die Ratungstermine der Zinsen werden nicht vom Vater festgelegt; die Zinsen können vierteljährlich erhoben werden.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Der Gewerkeverein Jahrgang 1908

auf bestem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsgenossen und Vereinsmitglieder

5, sonst 7 Mark

bei vorheriger Einsendung des Betrages

N.B. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.

Bestellungen an den Verbandskassierer

R. Klein,

Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Bremen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsbesuchsgeld von 75 Pfg. beim Kassierer Kollegen Max Kötthe, Gewerkestraße 142, Büdingen.

Wanne (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsbesuchsgeld von 75 Pfg. beim Kol. Heinz Hartke, Wanne, Bahnhofstraße 240.

Chemnitz (Ortsverb.). Karten und Arbeitsnachweis bei Kollegen Kurt Wieland, Chemnitz-Wablen, Klausstr. 64.

Elrich (Fabrik- und Handarbeiter). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten Abendbrot, Radklogis, Kaffee und Frühstück. Besprechungskarten beim Kassierer G. Claugen, Koloniestr. 32.

Tüchtiger Maschinist.

Gewerkeverein, der mit Dampfmaschine, Dampfheiß-, Saugasomotor, sowie elektrischen Licht- und Kraftanlagen, Aufzügen vollständig vertraut ist u. auch langjährige Zeugnisse besitzt, sucht Stellung. Off. Offerten an H. Gräbner, Berlin O., Maukstraße 18.

Stuttgart - Cannstatt (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten 60 Pfennig Ortsbesuchsgeld bei F. u. S., Cannstatt, Brunnenstraße 58 a. III.

Jauer (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten Ortsbesuchsgeld bei P. Robert, Hospitalplatz C.

Köln (Ortsverband). Alle durch- und zureisenden Kollegen erhalten 75 Pfg. Sozialunterstützung bei den Ortsvereinskassierern, für die fehlen den Berufs beim Ortsverbandskassierer. Dasselbe werden auch Karten für die Herberge verabsolgt. Bezirkslokal bei E. Gurtz, Eisenstraße.

Hohe Mülken (Ortsverband). Durchreisende Kollegen jeden Besuchs erhalten Reiseunterstützung beim Kollegen Rohlf, Nordstr. 10.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine.

Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen: Sozialdemokratie u. Arbeitererschaft v. Dr. jur. H. Freund. Preis 40 Pfg.

Volkswirtschaftslehre von Dr. G. F. Fuchs. Preis 80 Pfg. Muster zu Anträgen, Klagen- und Beschwerdeschriften in Angelegenheit der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pfg.

Was muß jeder Versicherte von der Arbeiterversicherung wissen? Welche Ansprüche hat der Versicherte und wie hat er seine Rechte wahrzunehmen? Preis 85 Pfg. Die reichsgesetzliche Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 1,50 Mk. Gewerbeordnung für das Deutsche Reich. Preis gebunden 80 Pfg.

Krankenversicherungsgesetz nebst dem Hilfskassengesetz. Preis gebunden 10 Pfg. Arbeitsstatistik der Deutschen Gewerkevereine für das Jahr 1908. Preis 8 Mk. Früher erschienene Statistiken können ebenfalls noch zu demselben Preise bezogen werden.

Auch alle ardem volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.

Der Bestellung bitten wir stets den Geldbetrag beizufügen, da andernfalls der Auftrag durch Nachnahme erwidigt wird. Selbstsendungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Das Bureau des Zentralrats. Rudolf Klein.